

Pressemitteilung der FDP Burgdorf-Uetze

Burgdorf, 12. Dezember 2017

FDP-Politiker Gawlik: „Die Anhebung der Gewerbesteuer lehnen wir ab! Die Burgdorfer Unternehmen sind nicht die Melkkuh der um die SPD versammelten Ratsmehrheit für die Verwirklichung ihrer ideologischen Projekte.“

Burgdorf. Der FDP-Politiker Gawlik: Die neue Ratsmehrheit um SPD, Bündnis 90/Die Grünen und WGS hat leider alle Hemmungen verloren, nur um sich ihren teuren aber nicht finanzierbaren Traum eines neuen IGS-Gebäudekomplexes zu verwirklichen. Und das zu Lasten der Unternehmen, die hier mal eben zur Kasse gebeten werden sollen. Leider wird von der Ratsmehrheit schlicht vergessen, dass diese weitere Belastung seitens der Unternehmen erst einmal erwirtschaftet werden muss.

„Die Stadt Burgdorf ist hoch verschuldet und wer die Rede des Ersten Stadtrates Lutz Philipps zum Haushaltsentwurf 2018 am 26.10.2017 im Rat der Stadt Burgdorf gehört hat, dem ist bewusst, dass es eigentlich gar keine Spielräume mehr gibt. Um die teuren Wünsche der neuen Mehrheitsgruppe dennoch irgendwie erreichbar zu machen, wird unter dem Feigenblatt Haushaltssicherungskonzept mal schnell die Gewerbesteuer mit dem Ziel erhöht, die Kommunalaufsicht milde zu stimmen.“

„Was soll man von Mandatsträgern halten, die mal eben feststellen, dass die Ausgaben leider nicht reduziert werden können, stattdessen aufgrund von Entscheidungen der Mehrheitsgruppe aber noch deutlich angehoben werden und es deshalb keine Alternative für eine Verbesserung der Einnahmenseite gäbe?“ fragt Gawlik. Mich würde sehr interessieren wie diese gleichen Mandatsträger sich privat verhalten würden, wenn sie eine Rechnung eines der nun belasteten Handwerksunternehmen erhält, die deutlich über dem Kostenvoranschlag mit der Begründung liegt, dass der neue Firmenwagen einfach doch teurer als gedacht wäre und dafür müsse der Kunde nun mal Verständnis haben, da die Einnahmenseite hier die einzige Möglichkeit wäre, diese Belastung zu kompensieren.

Gawlik sagt, dass die ersten Unternehmer sich bei ihm gemeldet haben und mitteilen, die Verlagerung ihres Hauptsitzes an einen anderen Standort angestoßen zu haben. Bei einem Gewerbesteuerhebesatz von 330 v.H. in Ismaning im Kreis München, kann ich das Unternehmen leider verstehen. Der Blick auf die umliegenden Kommunen in der Region Hannover reichen heute einfach nicht mehr aus – das ist eine trügerische Hoffnung, dass die Unternehmen diesen Schlag ins Gesicht einfach akzeptieren.

Hintergrund: In der Sitzung des Rates der Stadt Burgdorf am 14.12.2017 wird die Ratsmehrheit unter der Führung der SPD und unter Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen sowie der WGS, den von der Verwaltung vorbereiteten Beschlussvorlage „2017 0428 - Änderung der Hebesatzsatzung“ zustimmen und damit die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Burgdorf anheben.

Kontakt:

Mario Gawlik Vorsitzender FDP-OV Burgdorf-Uetze
Telefon: 0171 3280967
E-Mail: mario.gawlik@fdp-burgdorf.de